

An den Vorsitzenden
des Jugendhilfeausschusses
Herrn Dr. Ralf Heinen

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 18.01.2016

AN/0142/2016

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

| Gremium | Datum der Sitzung |
|----------------------|--------------------------|
| Jugendhilfeausschuss | 26.01.2016 |

**Bundesprogramm für Ganztags-Kitas – dringend erforderliche Anpassung der
Betreuungszeiten an die Anforderungen der Arbeitswelt**

Sehr geehrter Herr Dr. Heinen,
sehr geehrter Frau Oberbürgermeisterin,

Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig und Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles haben in der Presse den Startschuss für das Bundesprogramm „KitaPlus“ gegeben. Sie reagieren hiermit auf die dringend erforderliche Anpassung der Kinderbetreuung in Randzeiten.

Mit einem Investitionsvolumen von 100 Mio Euro können in diesem Programm Kitas und Tagesmütter gefördert werden, die Betreuung am frühen Morgen oder in den Abendstunden anbieten – im Bedarfsfall auch in der Nacht oder am Wochenende. Hierdurch wird den Kommunen ein weiterer wesentlicher Schritt hin zu mehr Familienfreundlichkeit ermöglicht.

Der Presse war ebenfalls zu entnehmen, dass sich in dem seit Herbst letzten Jahres laufenden Interessensbekundungsverfahren bereits weit über 500 Einrichtungen beworben haben, während mit den finanziellen Mitteln lediglich 300 Einrichtungen gefördert werden können. Seit 01.01.2016 können nun für Projekte konkret Fördermittel beantragt und bewilligt werden.

In diesem Zusammenhang bitten wir die Verwaltung um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. In welchem Umfang haben sich Kölner städtische Kitas, Kitas freier Träger und Tagesmütter im Rahmen der Interessensbekundung beteiligt? Lief dieser Prozess unter der Koordination des Jugendamtes?
2. Hat die Verwaltung Kenntnis darüber, ob bereits konkrete Fördermittelanträge aus Köln beim Bundesfamilienministerium vorliegen und den Bewilligungsprozess durchlaufen?

3. Welche Maßnahmen plant die Verwaltung, damit im Förderzeitraum bis 2018 möglichst viele Kitas und Tagesmütter in Köln an den Fördergeldern teilhaben können?
4. Können konkret die neun Kitas, mit denen es seit einigen Jahren ein Pilotprojekt für erweiterte Öffnungszeiten gibt, künftig über die Bundesfinanzierung gefördert werden?
5. Ist eine Vernetzung mit der Bundesagentur für Arbeit Köln und dem Jobcenter Köln geplant, um bei Vermittlungshemmnissen aus Betreuungsgründen auf bestehende Angebote verweisen zu können?

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke
Geschäftsführerin